

Ambivalente Ergebnisse . Impressionen aus zwei Jahrzehnten Transformationsforschung¹

1.

Was mit eindeutigem Zeitindex, aber nicht immer mit theoretischem Anspruch als Transformation bezeichnet wird, darf ohne Übertreibung als ein exzeptioneller Gegenstand der Sozialforschung gelten. Die annähernde Gleichzeitigkeit, eine gewisse Ähnlichkeit der Ausgangsbedingungen und Ziele, und nicht zuletzt die beträchtliche Anzahl der sich transformierenden . oder sich zumindest deutlich wandelnden . Länder markieren einen historisch beispiellosen Forschungsgegenstand. Es waren nicht weniger als 29 Länder der ehemals ~~zweiten Welt~~die . teils aufgrund endogener Entwicklungen, teils aus äußerem Anlass, aber immer auf Betreiben gelegenheitsbewusster Eliten . einen mehr oder weniger tief greifenden Wandel ihrer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen erleben.²

Niemals zuvor hatte die empirische Sozialwissenschaft die Gelegenheit, ein ähnlich umfangreiches Sample simultaner Wandlungsprozesse zu studieren. Das Theorienangebot im Gegenstandsbereich sozialen Wandels verwies zwar auf Voraussetzungen, Gemeinsamkeiten und Varianz in einer Vielzahl ungleichzeitiger Fälle, aber erst die gleichzeitigen Transformationsprozesse der ex-sozialistischen Länder schienen die Möglichkeit zu bieten, durch vergleichende Untersuchung analoger Fälle einen systematischen Erkenntnisgewinn zu erzielen. Sei es, um exakter zwischen strukturellen Gegebenheiten, dynamischen Umwelteinflüssen und diskretionären Akteurenentscheidungen unterscheiden zu können, sei es um allgemeine Bedingungen des Wandels von singulären länder- und fallspezifischen Faktoren zu isolieren.

Wenn der oberflächliche Eindruck nicht trügt, ist von der historisch einmaligen Möglichkeit nur wenig Gebrauch gemacht worden. Jedenfalls ist dem Autor keine Studie bekannt, in welcher der heuristische Wert des umfangreichen Ländersamples im Hinblick auf die Fortent-

¹ Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, den der Autor auf der Sprechertagung der sozial- und geisteswissenschaftlichen DFG-Sonderforschungsbereiche am 18.10.2008 in Wittenberg gehalten hat.

² Das sind außer der DDR: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, die Republik Moldau, die Mongolei, Polen, Rumänien, Russland, Serbien und Montenegro, die Slowakei, Slowenien, Tadschikistan, die Tschechische Republik, Turkmenistan, die Ukraine, Ungarn, Usbekistan und Weißrussland.

wicklung von Theorien des sozialen Wandels erfolgreich nutzbar gemacht worden wäre. Es scheint vielmehr eine eigenartige Diskrepanz zu bestehen zwischen dem Erkenntnispotential dieses Großthemas und dem Anspruchsniveau der Vielzahl von einschlägigen Forschungsprojekten und Studien.

Im Folgenden kommen zuerst Impressionen zur Sprache, die sich bei gleichzeitiger Betrachtung des deutschen Transformationsfalls und seiner osteuropäischen Pendanten aufdrängen. Sodann wird . mit aller gebotenen Vorsicht . zu ermitteln versucht, welche neuen Erkenntnisse die Transformationsforschung erbracht hat und was aus ihnen für einige soziologische Grundannahmen folgt. Und schließlich bleibt zu prüfen, inwiefern diese Erkenntnisse bei der Bewältigung ähnlich anspruchsvoller Projekte von Nutzen sein können.

2.

Bedient man sich der in der Soziologie üblichen Unterscheidung von drei Ebenen der Analyse, so fällt auf, dass die Transformationsforschung ihnen in ungleichem Maße Aufmerksamkeit geschenkt hat. Die *Mikroebene* eilte den beiden anderen Ebenen um Längen voraus. Es besteht ein zumindest quantitativ befriedigendes Angebot an Informationen über die Auswirkungen des ökonomischen, sozialstrukturellen und politischen Wandels auf individuelle Lebensbedingungen, auf Lebenslagen und Lebensläufe, Erwartungen und Präferenzen. Ohne damit Zweifel an der Validität der erlangten Befunde zu äußern, ist jedoch anzumerken, dass es in der Regel um relativ fluide Interimsphänomene geht, die nur höchst selten zur Prüfung theoriegestützter Forschungshypothesen taugen. Zudem überschritten die Befunde kaum den Streubereich der Daten aus analogen Untersuchungen in Nicht-Transformationsländern. Es mag zwar mit dem Übergang zur Marktwirtschaft so etwas wie ein Paradigmenwandel der handlungsleitenden Orientierungen zugunsten *ökonomischer* Kalküle beobachtbar gewesen sein, doch vermittelten die Befunde der mikro-soziologischen Forschungen insgesamt wenig überraschende und gleichzeitig verallgemeinerbare Erkenntnisse.

Eine Ausnahme ist mit Bezug auf die innerdeutsche Ost-West-Wanderung von Erwerbspersonen zu berichten. Im Gefolge von Grenzöffnung, Währungsreform und Reallohnanpassung hatte sich 1990 ein umfangreicher Migrationsstrom entwickelt. Daraufhin galt allerorten, also auch in der Wissenschaft, das fortbestehende Lohngefälle als wichtigstes Wanderungsmotiv, woraus sich ein *starkes* Argument für rasche Lohnerhöhungen ableiten ließ. Eine US-amerikanische Forschergruppe sah sich daraufhin veranlasst, den Sachverhalt empirisch aufzuklären. Die (im politischen Raum ignorierte) Untersuchung von George Akerlof, Nobelpreisträger von 2001, und anderen falsifiziert die These des dominierenden Lohnmotivs und

weist nach, dass die Mehrheit der innerdeutschen Migranten von der realistischen Erwartung einer rasch zunehmenden Arbeitslosigkeit motiviert war.³

Etwas weniger zahlreich, aber häufiger als diachrone Verlaufsuntersuchungen angelegt, waren die Studien zu Phänomenen der *Mesoebene*, d.h. Unternehmen und Verwaltungen, Parteien und Gewerkschaften, Interessenverbänden und sozialen Bewegungen. Unternehmensstudien wurden auch seitens der empirischen Wirtschaftsforschung angestellt. Während diese sich v.a. für die wirtschaftlichen Folgen der Restrukturierung der staatssozialistischen Konglomerate interessierte, ging es in der Mehrzahl der industriesoziologischen Studien um die Situation der Arbeitnehmer, die Bedingungen ihres Interessenschutzes und ihr Schicksal in der Folge von Privatisierung, Restrukturierung, Personalabbau und Arbeitslosigkeit.

Etliche Studien, die Phänomenen der Mesoebene gewidmet waren, nutzten das Instrumentarium der Komparatistik. Allerdings stellte sich sehr früh eine gegenstandsbezogene Arbeitsteilung zwischen zwei unterschiedlich fokussierenden Forscher-Populationen ein. Während die eine, nennen wir sie Population A, an der Aufklärung differenter Transformationspolitiken interessiert war und sich mit Samples aus mehreren östlich von Oder und Neiße gelegenen Ländern beschäftigte, stand für die andere Forscher-Population (B) die Auslotung des Sonderschicksals der neuen Bundesländer im Vordergrund. B-Forscher bevorzugten die Bundesrepublik vor 1990 bzw. die alten Bundesländer als erkenntnisträchtige Vergleichsreferenz; anspruchsvollere Studien dehnten den Horizont auf weitere westeuropäische Demokratien mit konsolidierter Marktwirtschaft aus. So entwickelte sich die paradoxe Arbeitsteilung, dass komparative Forschungen des Typs A ihre Befunde zwanglos im Lichte der einschlägigen Organisations- bzw. Institutionentheorien zu diskutieren vermochten, während Forschungen des Typs B regelmäßig auf die theoretisch weniger ergiebigen Sonderphänomene der deutschen Einheit rekurrierten. Die dabei erlangten Erkenntnisse waren besser politisierbar als generalisierbar.

Was gesellschaftsweit angelegte Analysen, d.h. die *Makroebene*, betrifft, bestand überraschend geringes Interesse, das Transformationsschicksal der DDR bzw. der neuen Bundesländer mit dem anderer ex-sozialistischer Länder zu vergleichen. Das ist, einerseits, in Anbetracht des ungleichen Niveaus von externem Sponsoring verständlich: Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch (Giesen/Leggewie 1991) erschien dank der umfassenden Institutionen- und Finanztransfers als unvergleichlicher Sonderfall. Andererseits ist der Verzicht auf systematische Vergleiche der Startbedingungen von DDR und beispielsweise Ungarn zu bedauern, weil damit auch die Einsichtnahme in DDR-typische Voraussetzungsdefi-

³ Vgl. dazu v.a. Akerlof et al. (1991) und Burda (1993).

zite entfiel. Diese lassen sich beispielsweise anhand der politischen Isolation der ostdeutschen Eliten und einer darin begründeten kognitiven Befangenheit ausmachen.

Der überwiegende Teil der ostdeutschen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler demonstrierte noch Ende 1989 seine Zugehörigkeit zu einer anachronistisch anmutenden akademischen »Lokalkultur« Ein enger Lektüre- und Theoriehorizont sowie ein habituell antikapitalistisches Weltbild bildeten einen starken Kontrast nicht nur zu den Intellektuellen-Biotopen westeuropäischer Provenienz, sondern . und das macht erst ihre Besonderheit aus . auch zu den Intellektuellenkulturen Ungarns, Polens, der Tschechoslowakei und selbst der Sowjetunion, wo man sich dank *glasnost* und *perestroika* eines erweiterten Diskussionshorizontes erfreute.

Überflüssig zu sagen, dass die Betroffenen keine Schuld an ihrem Kollektivschicksal trifft, dessen Wirkungen auf das deutsche Parteiensystem und den politischen Optionenraum auch noch nach 20 Jahren spürbar sind. Gravierend waren vor allem die unmittelbaren Konsequenzen: In keinem anderen Transformationsland waren die oppositionellen Kräfte so wenig informiert über und vorbereitet auf die Wirklichkeit des globalen Kapitalismus und das Optionenspektrum eines radikalen Systemwechsels. Vielmehr blieben die Reformdiskurse der ostdeutschen Opposition und der staatsnahen, aber auch staatskritischen Intellektuellen auf eigentümliche Weise »abgehoben«, weil einem sehr allgemeinen sozialphilosophischen Rahmen verhaftet. Ob man für Reformen »im« oder für solche »nach« dem Sozialismus plädierte, die Vorschläge wirkten weitgehend unberührt von den Erkenntnissen der zeitgenössischen (längst internationalisierten) Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Als Folge der autoritären Bewirtschaftung von Wissen und Kommunikation im SED-Staat war das Geistesleben der DDR allzu lange von den politischen und kulturellen Entwicklungen in der »Ersten« und zuletzt sogar der »Zweiten« Welt abgekoppelt (vgl. Land/ Possekel 1992, 1994).

Dieses Handikap unterscheidet den ostdeutschen Transformationsfall deutlich von der Situation in jenen Ländern, in denen oppositionelle Intellektuelle zu den wichtigsten Protagonisten der Systemtransformation zählten. In Ostdeutschland war dagegen der Aufbruchswillen eines breiten Bevölkerungssegments mit den überwiegend skeptischen bis ablehnenden Meinungsbekundungen ost- und westdeutscher Intellektueller konfrontiert, wie sie bald auch in Teilen der prozessbegleitenden Sozialforschung wiederkehrten. Als die Bevölkerung die Risiken und Kosten der Transformation zu spüren bekam, stand Betroffenen und Medien ein differenziertes Angebot an kritischen Diagnosen und Erklärungen zur Verfügung. So kam es zu dem Paradox, dass aus der Transformationsgesellschaft, die durch eine verkürzte Unsicherheits- und Leidensphase sowie erhebliche Kompensationsleistungen in einer vergleichsweise günstigen Lage war, über Jahre hinweg das höchste Maß an transformationsbezogener Unzufriedenheit bekundet wurde (vgl. Wiesenthal 1998).

In dieser Frühphase der Transformation, das waren die Jahre bis etwa 1996, sind etliche Studien entstanden, die einerseits über die Komplexität und Vieldimensionalität des sozialen Wandels informieren, andererseits die Sinnhaftigkeit, Zielgerichtetheit und Sozialverträglichkeit des institutionellen Umbaus . als politischem Gestaltungsprojekt . mit Verweis auf unbeabsichtigte und intolerable Folgen in Zweifel ziehen. In der Tat waren die Transformationsprozesse allerorten mit mehr oder weniger schwer wiegenden Fehlschlägen, Folgeproblemen und Perfektionsmängeln behaftet (z.B. Müller 1998). Konfrontiert mit der idealen Vorstellung eines harmonischen, spannungsarmen Wandlungsprozesses von hoher Sozialverträglichkeit wirkten viele Veränderungen zwangsläufig problematisch und wurden mit entsprechenden *Kalamitätendiagnosen* bedacht (vgl. Pollack 2008).

Daneben entstanden zahlreiche Fallstudien zum Transformationsschicksal einzelner Länder, zu transformationstypischen Teilreformen bzw. Problemen (etwa der Privatisierung, der makroökonomischen Konsolidierung, des sozialpolitischen Umgangs mit Arbeitslosigkeit und Armut) sowie zur Entwicklung ausgewählter Wirtschaftssektoren. Sie vermochten zwar, ihren jeweiligen Gegenstand zu erhellen, aber nur selten die als Ursache identifizierten Entscheidungen vor dem Hintergrund der real gegebenen Alternativen zu analysieren. Die anfängliche Vermutung, dass sich die unterschiedlichen Resultate einer Präferenz entweder für Schocktherapien oder gradualistische Konzepte verdanken würden, musste man bald fallen lassen. Denn nirgendwo war es zur kompletten Realisierung der als *neoliberal* etikettierten Blaupausen (z.B. Sachs 1989) gekommen.

Gleichwohl war das Radikalrezept nicht ohne Wert, signalisierte es doch funktionale Zusammenhänge und Risikobewusstsein. Da es in der Tat einen Unterschied machte, in welcher Reihenfolge einzelne Maßnahmen ergriffen wurden (vgl. Beyer 2001), vermochten Länder, die sich frühzeitig ein kompaktes Reformprogramm zugemutet hatten, einen deutlichen Vorsprung zu gewinnen. Das gilt jedenfalls für die acht EU-Beitrittsländer von 2004. Die Kritik an der vermeintlichen Kontextblindheit und dem deterministischen Übermut der Radikalreformer erwies sich als *soverdone skepticism* wegen der Vielzahl der tatsächlich relevanten Variablen auch als *misplaced concreteness*. Im übrigen waren die Befürworter gradualistischer Konzepte die Auskunft schuldig geblieben, wie die Zielkonstanz einer zeitlich ausgedehnten Kette sukzessiver demokratischer Entscheidungen hätte gewährleistet werden können.

Nach nunmehr zwei Jahrzehnten des Wandels und der Konsolidierung steht außer Frage, dass erfolgreiche Systemtransformation möglich war. Repräsentative Demokratie und Marktwirtschaft ließen sich überall dort installieren, wo sie von den neuen, an die Herrschaft gelangten Eliten angestrebt und mittels eines Sets notwendiger Reformen institutionalisiert worden waren. Ein allgemein befriedigender Zustand steht gleichwohl noch aus. Arbeitslo-

sigkeit und Schattenwirtschaft, niedrige Durchschnittseinkommen und eine deutliche Zunahme sozialer Ungleichheit gehören zum Problemkatalog auch der erfolgreicherer Länder. So viel zu den Realphänomenen des Wandels im Lichte einiger irrtümlicher Annahmen.

3.

Im Anschluss an die Beispiele, in denen voreilige Erwartungen von der Wirklichkeit berichtigt wurden, ist die Frage zu stellen: Welchen bleibenden Ertrag hat die Transformationsforschung erwirtschaftet? Gibt es womöglich hinreichend präzise, generalisierbare und damit theoriefähige Erkenntnisse, die den Wissensbestand nachhaltig bereichern? Die Antwort ist insofern nicht einfach, als es noch an entsprechenden Erfolgsbilanzen der Transformationsforschung mangelt . und man wegen der Multidisziplinarität und Vielfalt der Fragestellungen auf das Ausbleiben einer konsolidierten Ertragszusammenstellung gefasst sein muss. Doch sollte man nicht vergessen, dass auch jede falsifizierte Hypothese, jede fehlgeschlagene Prognose und jede als inadäquat erkannte Theoriereferenz wertvolle Erkenntnischancen bietet.

So seien zunächst einige Gegenstände aufgelistet, zu denen nach heutigem Stand der Forschung und entgegen optimistischen Annahmen *keine eindeutigen Befunde* vorliegen (bzw. bei denen die sich widersprechenden Befunde noch der Klärung harren). Beispielsweise scheint die Transformationsforschung weder auf dem Gebiet der Modernisierungstheorie noch dem der Demokratietheorie neue Erkenntnisse über Voraussetzungs- und Kausalstrukturen erbracht zu haben. Auf beiden Gegenstandsfeldern wurden eklatante Voraussetzungsdefizite, komplexe Verursachungsmuster und eine Vielzahl von Entwicklungspfaden beobachtet. Einschlägige Experten folgern dementsprechend, dass sich der überlieferte Theorienfundus im Großen und Ganzen bewährt habe (Schmidt 1996; Pollack 2008) und alle Theorievarianten irgendwie relevant blieben (Schmidt 1996; Zapf 1996).

Ebenso wenig lässt sich die Frage beantworten, ob es im Prozess der dualen Transformation mehr gelohnt habe, der politischen oder der wirtschaftlichen Liberalisierung Priorität einzuräumen. Während auf beiden Gebieten ein entschiedener Bruch mit der Vergangenheit die beste Voraussetzung war, um die duale Transformation zu bewältigen (Bunce 2001), bleibt der Kausalnexus zwischen demokratischer und wirtschaftlicher Entwicklung nach wie vor unbestimmt. Zwar zeigt sich eine enge Korrelation beider Teilprojekte (Geddes 1999), aber kein klares Verursachungsmuster in der einen oder anderen Richtung. Folglich wird vermutet, dass es sich um dieselben Faktoren handelt, die als Treiber sowohl von wirtschaftlicher als auch von demokratischer Entwicklung wirken (Robinson 2006).

Was die für das Wahlverhalten bedeutsame Cleavage-Bildung angeht, war ebenfalls kein einheitliches Muster auszumachen. Der jeweilige Einfluss kultureller, ökonomischer, ethnischer oder eliten-induzierter Differenzen ließe sich nur im Einzelfall mittels multivariater Modelle aufdecken (Whitefield 2002). Dem entspricht die Ambivalenz der kulturellen legacies des Sozialismus, in denen anfangs ein gravierendes Handikap der Demokratisierung vermutet wurde. Tatsächlich entpuppten sie sich nicht selten als transformationsförderlich, da z.B. Autoritätshörigkeit und niedrige Organisationsbereitschaft bei der Implementation schmerzhafter Reformen von Nutzen waren (Wiesenthal 2001; Bönker/Wielgohs 2004).

Diffus muten schließlich auch die Antworten auf die Frage an, ob sich in den postsozialistischen Ländern eine einheitliche oder differenzierte Typik des Kapitalismus herausgebildet hat. Während für das erste Jahrzehnt ein relativ einheitlicher Pfad der Marktliberalisierung konstatiert wird (Kitschelt 2004), werden in neueren Studien auf der Spur der sVarieties of Capitalism%Forschung mehrere, auch von westlichen Vorbildern abweichende Spielarten des Kapitalismus identifiziert (Bohle/Greskovits 2007; King 2008; Knell/Srholec 2008).

Bedeutsamer als diese recht diffusen Befunde sind Erkenntnisse über jene Zusammenhänge, denen die anfängliche Transformationsskepsis galt. So lag dem viel zitierten sDilemma der Gleichzeitigkeit%(Elster 1990; Offe 1991) die Annahme zu Grunde, dass ambitionierte Reformen recht bald an der Wahlurne abgestraft würden. Die Hypothese des sretrospective economic voting%(Stokes 2001) hat sich in den osteuropäischen Reformländern jedoch nicht pauschal bestätigt. Vielmehr zeigte sich, dass die Wählerentscheidungen wesentlich differenzierter ausfielen. In mehreren Ländern war z.B. restriktive Lohnpolitik kein Grund, der Regierung das Vertrauen zu entziehen. Das geschah jedoch häufig, wenn steigende Arbeitslosigkeits- und Inflationsraten registriert wurden (Stokes 2001: 26).

Klarheit wurde auch in der Frage der optimalen Transformationssteuerung gewonnen, und zwar hinsichtlich des bestgeeigneten Regierungstyps und des Einflusses auf bzw. der Verursachung von sozialer Ungleichheit. Es stellte sich heraus, dass liberale, d.h. Wettbewerbs-Demokratien am erfolgreichsten bei der Realisierung der ökonomischen Reformen waren. Häufige Regierungswechsel, wie sie bei diesem Regierungstyp auftraten, haben den Fortgang der Reformen nicht nennenswert behindert. Demgegenüber erzielten die sstarken% Exekutiven der Autokratien und sdefekten% Demokratien nur bescheidene Transformationserfolge.

Waren Regierungen keiner wirksamen Opposition und keinem Abwahlrisiko ausgesetzt, so wurden ihre etwaigen Reformbemühungen häufig von Mitgliedern der salten% Elite oder privilegierten Insidern blockiert (Beyer 2008; Hellmann 1998). Entgegen frühen Befürchtungen war es nicht eine unzufriedene Wählerschaft, die schmerzhaft Reformen stoppte und den

Wandlungsprozess abbremsen, sondern eine kleine Schicht von Nutznießern der in der Start- oder Übergangsphase unvermeidbar entstandenen Regulierungslücken und Profitgelegenheiten (Hellman 1998; Åslund 2001). Diese Konstellation kennzeichnet insbesondere den Entwicklungspfad der zentralasiatischen GUS-Staaten, die sich zu Autokratien mit Elementen von Clan-Herrschaft mauserten. Nicht zufällig blieb in ihnen die wichtigste Voraussetzung einer funktionierenden Marktwirtschaft unerfüllt, nämlich die Gewährleistung wohldefinierter Eigentumsrechte im Kontext von Rechtsstaat und freien Märkten (vgl. de Soto 2002).

Was die Zunahme sozialer Ungleichheit im Transformationsprozess angeht, so wurde ein kurvilinearere Zusammenhang mit der Intensität und dem Umfang der Reformpolitik entdeckt. Der Anstieg des Gini-Index war sowohl dort am geringsten, wo (wie in den EU-Beitrittsländern) ein umfangreiches Reformpaket zügig realisiert wurde, als auch in den Staaten, die keine oder nur geringfügige Reformen vornahmen und hohe Regimekontinuität zeigen (wie in Zentralasien). Den größten Anstieg des Gini-Index verzeichneten dagegen Länder (wie z.B. Russland), die nur ein begrenztes Reformprogramm absolvierten und keinen oder wenige Regimewechsel aufweisen (Beyer 2008).

4.

Schließlich geben selbst die Misserfolgsprognosen aus den frühen 1990er Jahren einen nützlichen Fingerzeig. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf kritische Momente im Projekt des Gesellschaftsumbaus und ermöglichen uns, ihr relatives Gewicht zu taxieren. Zudem verweisen sie auf mehr oder weniger geeignete Formen der empirischen Problembearbeitung und helfen, den Raum politischer Möglichkeiten auszuloten, d.h. exakter zwischen vorstellbaren, aber unrealisierbaren Zukünften einerseits und alternativen, aber prinzipiell möglichen Welten andererseits zu unterscheiden.⁴

Die in Soziologie und Politikwissenschaft thematisierte Transformationskepsis konnte sich bekanntlich auf einen Fundus an Theoriestücken berufen, die in einer Art *Negativparadigma der Unmöglichkeit holistischer Reformen* konvergieren. Ihre Wurzeln liegen in empirischen Studien, die das Scheitern des nach dem Zweiten Weltkrieg überschießenden politischen Gestaltungswillens analysierten.⁵ Im Negativparadigma bzw. Unmöglichkeitstheorem laufen mehrere Forschungsstränge zusammen: die Befunde von Politikanalysen (z.B. Lindblom 1959) und der empirischen Entscheidungsforschung in öffentlichen Institutionen (z. B. Cohen

⁴ Zum methodologischen Status der Begriffe politische Möglichkeit und mögliche Welten vgl. Friedrich (1963: ch. 11) und Elster (1981: Kap. 3).

⁵ Wie man sich vielleicht erinnert, gab es diesen Überschuss an Gestaltungsoptimismus nicht nur im Westen sondern auch im Osten. Dass die bald darauf einsetzende Enttäuschung nur im Westen sozialwissenschaftlich reflektiert wurde, verweist auf eine gewichtige, weil nicht kontingente, Ursache für das Scheitern des Realsozialismus.

u.a. 1972), der Analyse des Implementationsprozesses von Regierungsprogrammen (z. B. Pressman/Wildavsky 1979) und der Debatte über Grenzen der Regierbarkeit moderner Staaten (z. B. Crozier u.a. 1975). Theoretischen Ausdruck mit Anspruch auf Allgemeingeltung erhielten sie im kritischen Rationalismus Karl Poppers (Popper 1972) und der soziologischen Systemtheorie Niklas Luhmanns (1981). Ihre Quintessenz kommt in einer Reihe von Floskeln zum Ausdruck: wie *the science of muddling through* (Lindblom 1959), *the garbage can model of decision-making* (Cohen u.a. 1972), der Alternativlosigkeit von *piecemeal technologies* (Popper 1972), der *Utopie der Nulloption* (Offe 1986) oder der *Tragik der toten Hände* (Luhmann 1989).

Der theoretische Gehalt dieser Botschaften lässt sich im Blick auf die soziologische Ebenenhierarchie unschwer rekonstruieren und als eine der tragenden Säulen zeitgenössischer (postindustrieller/wie postheroischer) Gesellschaftsreflexion identifizieren. Er betrifft, erstens, die engen Grenzen individueller Informations- und Entscheidungsrationalität (Stichwort *bounded rationality*), zweitens, die spezifischen Ressourcen-, Identitäts- und Strategieprobleme kollektiver Akteure sowie die Rationalitätsproblematik kollektiver Entscheidungen (Stichworte *collective action dilemma* und *social choice*) und, drittens, die Unmöglichkeit der Konstruktion einer gleichermaßen inklusiven wie instruktiven Systemrationalität (Stichworte *funktionale Differenzierung* und *Selbstreferentialität sozialer Systeme*).

Mit Blick auf die erfolgreicherer Fälle der Transformation ist es inzwischen möglich, den Geltungsanspruch dieser Theoreme zu prüfen und ggf. zu präzisieren. Dabei zeigt sich:

(1) Die auf der *Mikroebene* vermuteten Grenzen der individuellen Informations- und Entscheidungsrationalität sind variabel und überwindbar: etwa durch Rekurs auf institutionelle Vorbilder, exemplarisches Prozesswissen sowie Klugheitsregeln der Strategiebildung und Risikokalkulation.

(2) Was die auf der *Mesoebene* vermuteten Organisationsprobleme kollektiver Akteure und die Rationalitätsproblematik kollektiver Entscheidungen betrifft, scheinen die Erfahrungen aus dem Transformationsprozess die theoriegestützte Skepsis prinzipiell zu bestätigen. Dass sie die Transformation nicht gravierend beeinträchtigten, ist der besonderen Ausgangslage, v.a. der *Unterorganisation* der postsozialistischen Gesellschaft in Kategorien freiwilliger Assoziation, und zum anderen dem politischen Geschick der Reformer zuzuschreiben.

(3) Auf der *Makroebene* war entgegen allen skeptischen Erwartungen ein inklusives Konzept der angestrebten Systemrationalität verfügbar. Das Beispiel der marktwirtschaftlichen Demokratien bot hinreichend instruktive Referenzen für die Gestaltung der einzelnen Funktionssysteme. Radikale Transformationsstrategien, die an externen Vorbildern orientiert

waren . als imitativer Holismus bezeichnet (Beyer 2008: 84f.) . zeigten sich der gradualistischen Alternative überlegen. Es waren insbesondere zwei Systemeigenschaften, die, sofern sie gleich zu Beginn implantiert wurden, als Richtungsgaranten und Sperrklinken wirkten: zum einen die Freiheitsgarantie allgemeiner Grund- und Bürgerrechte samt der demokratischen Verfahrensnormen, zum anderen das wechselseitig fruchtbare Komplementärverhältnis von repräsentativer Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft.⁶ Es besteht Grund zur Annahme, dass das ubiquitäre und vielfach monierte Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Marktwirtschaft zu jenen kontra-intuitiven Faktoren zählt, die modernen Gesellschaften eine gewisse Gleichgewichtstendenz verleihen.

5.

Zum Schluss bleibt noch zu fragen, was sich aus den Erkenntnissen der Transformationsforschung für die Beurteilung künftiger Fälle eines politisch induzierten Institutionenwandels nutzbar machen lässt.

Denn es zeichnet sich allmählich ab, dass die postsozialistische Transformation nicht das Ende tief greifender Anpassungsprozesse in Europa darstellt, sondern nur ihren besonders markanten Auftakt. Während der nächsten Periode beschleunigten sozialen Wandels, die als Folge des Aufstiegs der sog. *emerging economies* und des abnehmenden Gewichts Europas in der Weltwirtschaft erwartet wird, werden die europäischen Wohlfahrtsstaaten nicht mehr als Vorbild und Entwicklungshelfer dienen können, sondern *selbst* Objekt und Subjekt tief greifender Anpassungsprozesse sein.

Die 101 Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer, die nach dem letzten Bertelsmann Transformation Index (2009) eine *gute* oder *sehr gute* Wirtschaftsleistung aufweisen, bestreiten mittlerweile mehr als die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung, wenn man diese anhand von kaufkraftgewichteten Wechselkurse bemisst. Sie sind für das historisch beispiellose Wachstumstempo der Weltwirtschaft von zuletzt 5 % verantwortlich (das selbst noch im Gefolge der Finanzkrise höher als im Nachkriegsboom 1950-73 ist). Wir erleben derzeit die Entstehung eines neuartigen Strukturmusters dieser Welt, was u.a. bedeutet, dass die *alten* Industrieländer unter erheblichen Anpassungsdruck geraten. Er betrifft die Sektoralstruktur der Wirtschaft und Arbeitsmärkte vor allem jener Länder, die frühzeitig soziale Sicherungssysteme mit hohem Strukturierungs- und Beharrungsvermögen institutionalisiert haben, also die westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten.

⁶ Das belegen empirische Vergleichsuntersuchungen: Åslund (2001), Bunce (2001), Geddes (1999), Robinson (2006) und Beyer (2008).

Dass es dann die alten Industrieländer sein werden, die sich dem Tempo und den Resultaten des exogenen Modernisierungsprozesses (vgl. Schmidt 2008) anpassen müssen, folgt aus der Verschiebung der Einflussgewichte zu Gunsten der neuen. Diese werden in weniger als 20 Jahren zwei Drittel des realen Welt-Sozialprodukts bestreiten (in kaufkraftgewichteten Wechselkursen berechnet). Der Weltsozialprodukt-Anteil der EU-15 (das sind die EU-Staaten vor der Osterweiterung), der 2000 noch ein gutes Fünftel betrug, wird bis 2040 auf fünf Prozent sinken (Fogel 2007).

Gleichgültig, welchen Anpassungspfad die westeuropäischen Demokratien bevorzugen werden, sei es die weitere neoliberale Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens oder das Flexicurity-Konzept: Die notwendige Umkehrung der sozialpolitischen Prioritäten von kurativer, versorgungsorientierter und statusbezogener Sicherheitsgewähr zu präventiver, mobilitäts- und kompetenzorientierter Unterstützung scheint vor dem Hintergrund der verbreiteten Überzeugungen und Werthaltungen ein politisches Projekt von kaum geringerem Umfang als die gelungene Systemtransformation. Betrachtet man seine Realisierungschancen im Lichte der oben geschilderten Erkenntnisse, ist es jedoch als wesentlich riskanter anzusehen.

Denn die Abwehr eines drohenden Übels wird weitaus weniger motivieren als die Aussicht auf effektive Wohlstandsgewinne. Präventive Reformen des Wohlfahrtsstaats werden auch nicht auf die Unterstützung einer sozialen Bewegung von Reformbefürwortern bauen können. Vielmehr wird der hohe Organisationsgrad der westeuropäischen Zivilgesellschaften dafür sorgen, dass der eher schmalen advocacy coalition von Systemreformern regelmäßig eine breite Koalition von Reformgegnern gegenüber steht. Schließlich werden rechtzeitige Reformbemühungen auch dadurch behindert, dass die effektive Vermeidung von Krisen keinen politischen Profit abwirft, während die unvermeidlichen Reformkosten lange Zeit ohne Gegenfinanzierung bleiben würden.

In steuerungstheoretischer Hinsicht verdient das Projekt einer problemadäquaten Transformation europäischer Wohlfahrtsstaaten . ganz im Gegensatz zur postsozialistischen Transformation . genau jenes Maß an Skepsis, mit dem letztere irrtümlich bedacht wurde. Systemreformen im demokratischen Wohlfahrtsstaat drohen mit hoher Wahrscheinlichkeit, an der Gegenwartspräferenz der Wähler und der Opportunismusneigung der Politiker zu scheitern. Die erfolgreiche Transformation der postsozialistischen Länder hat deshalb eine gute Chance, als einmaliger, weil unwiederholbarer Fall des intentionalen Gesellschaftswandels in die Geschichtsbücher einzugehen.

Literatur

- Akerlof, George A.; Rose, Andrew K.; Yellen, Janet L.; Hesselius, Helga, 1991: East Germany In From the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union. *Brooking Papers in Economic Activity* 1, 1-87.
- Åslund, Anders, 2001: The Advantages of Radical Reform, *Journal of Democracy* 12, 42-48.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.), 2009: Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Beyer, Jürgen, 2001: Jenseits von Gradualismus und Schocktherapie - Die Sequenzierung der Reformen als Erfolgsfaktor, in: Helmut Wiesenthal (Hg.): *Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 169-190.
- Beyer, Jürgen, 2008: Transformationssteuerung als Governance-Problem . In: Bönker, Frank; Wielgohs, Jan (Hg.): *Postsozialistische Transformationen und europäische (Des-) Integration*. Marburg: Metropolis Verlag, 79-93.
- Bohle, Dorothee; Greskovits, Béla, 2007: Capitalist Diversity in Eastern Europe. *economic sociology - the european electronic newsletter* 8 (2), 3-9.
- Bönker, Frank; Wielgohs, Jan, 2004: Kultur als Transformationsbarriere: Entwicklungslinien einer Diskussion. In: Stykow, Petra; Beyer, Jürgen (Hg.): *Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 223-237.
- Bunce, V., 2001: Democratization and Economic Reform . In: *Annual Review of Political Science* 4, 43-65.
- Burda, Michael, 1993: The determinants of East-West German migration: Some first results. In: *European Economic Review* 37 (2-3), 452-461.
- Cohen, Michael D./ March, James G./ Olsen, Johan P., 1972: A Garbage Can Model of Organizational Choice, *Administrative Science Quarterly* 17, 1-25.
- Crozier, Michel J./ Huntington, Samuel P./ Watanuki, Joji, 1975: *The Crisis of Democracy*, New York: New York University Press.
- de Soto, Hernando, 2002: *Freiheit für das Kapital. Warum der Kapitalismus nicht weltweit funktioniert*. Berlin: Rowohlt.
- Elster, Jon, 1981: *Logik und Gesellschaft*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Elster, Jon, 1990: The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform, in: Piotr Ploszajski (ed.): *Philosophy of Social Choice*, Warsaw: IFiS Publishers, 309-316.
- Fogel, Robert W., 2007: *Capitalism and Democracy in 2040: Forecasts and Speculations*. NBER Working Paper No. 13184.
- Friedrich, Carl Joachim, 1963: *Man and His Government*, New York: McGraw-Hill.
- Geddes, Barbara, 1999: What Do We Know about Democratization after Twenty Years? *Annual Review of Political Science* 2, 115-144.
- Giesen, Bernd/ Leggewie, Claus, 1991: Sozialwissenschaften vis-à-vis. Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch, in: Bernd Giesen, Claus Leggewie (Hg.): *Experiment Vereinigung*, Berlin: Rotbuch, 7-18.
- Hellman, Joel S., 1998: Winners Take All: The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions, *World Politics* 50, 203-234.
- King, Lawrence P., 2008: Central European Capitalism in Comparative Perspective. In: Hancké, Bob; Rhodes, Martin; Thatcher, Mark (Hg.): *Beyond Varieties of Capitalism. Conflict, Contradictions, and Complementarities in the European Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Kitschelt, Herbert, 2004: Historische Pfadabhängigkeit oder Strategiewahl? Zur politischen Ökonomie postkommunistischer Wirtschaftsreform. In: Stykow, Petra; Beyer, Jürgen (Hg.): *Gesellschaft*

- mit beschränkter Hoffnung. Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 87-115.
- Knell, Mark; Srholec, Martin, 2008: Diverging pathways in Central and Eastern Europe. In: Lane, David; Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Land, Rainer; Possek, Ralf, 1992: Intellektuelle aus der DDR. In: Berliner Debatte - Initial 3 (1), 86-95.
- Land, Rainer; Possek, Ralf, 1994: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen aus der DDR. Bochum: Winkler.
- Lindblom, Charles E., 1959: The Science of Muddling Through, Public Administration Review 19, 79-88.
- Luhmann, Niklas, 1981: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, Wien: Olzog.
- Luhmann, Niklas, 1989: Politische Steuerung, Politische Vierteljahresschrift 30, 4-9.
- Müller, Klaus (Hg.), 1998: Postsozialistische Krisen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde. Opladen: Leske + Budrich.
- Offe, Claus, 1986: Die Utopie der Null-Option, in: Johannes Berger (Hg.): Die Moderne, Göttingen: Schwartz, 97-117.
- Offe, Claus, 1991: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, Merkur 45, 279-292.
- Pollack, Detlef, 2008: Theoriefortschritte in der Transformationsforschung? Erfahrungen mit der Schwerkraft der Modernisierungstheorie beim Versuch ihrer Überwindung . In: Bönker, Frank; Wielgohs, Jan (Hg.): Postsozialistische Transformationen und europäische (Des-) Integration. Marburg: Metropolis Verlag, 41-61.
- Popper, Karl R., 1972: The Poverty of Historicism, London: Routledge & Kegan Paul.
- Pressman, Jeffrey L./ Wildavsky, Aaron, 1979: Implementation, 2nd ed., Berkeley: University of California Press.
- Robinson, James A., 2006: Economic Development and Democracy. In: Annual Review of Political Science 9, 503-527.
- Sachs, Jeffrey, 1989: My Plan for Poland. In: International Economy 3 (Dec.), 24-29.
- Schmidt, Manfred G., 1996: Der Januskopf der Transformationsperiode. Kontinuität und Wandel der Demokratietheorien. In: Beyme, Klaus von; Offe, Claus (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 182-210.
- Schmidt, Volker H., 2008: One World, One Modernity. In: Schmidt, Volker H. (Hg.): Modernity at the Beginning of the 21st Century. Newcastle: Cambridge Scholars Publishing, 205-228 .
- Stokes, Susan C., 2001: Introduction. In: dies. (Hg.), Public Support for Market Reforms in New Democracies. New York: Cambridge University Press, 1-32.
- Whitefield, Stephen, 2002: Political Cleavages and Post-Communist Politics. In: Annual Review of Political Science 5, 181-200.
- Wiesenthal, Helmut, 1998: Post-Unification Dissatisfaction, or Why Are So Many East Germans Unhappy with the New Political System? In: German Politics 7 (2), 1-30.
- Wiesenthal, Helmut, 2001: Materiale und theoretische Befunde der vergleichenden Transformationsforschung. In: Wiesenthal, Helmut (Hg.): Gelegenheit und Entscheidung. Policies und Politics erfolgreicher Transformationssteuerung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 214-230.
- Zapf, Wolfgang, 1996: Modernisierungstheorien in der Transformationsforschung. In: Beyme, Klaus von; Offe, Claus (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 169-181.